

Bezugs-Preis

In der Hauptausgabe oder den im Städte-
heft und den Sonntagen erschienenen Aus-
gaben abgezahlt: wochentäglich 4.-50,-.
— jährlicher Abonnement: 4.-50,- Durch die Post bezogen für
Deutschland u. Österreich österreichisch 4.-50,-
für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:

Sonntagsblatt 8.

Wochenblatt 150 und 220.

Almanachausgabe:

Alfred Hahn, Buchdruckerei, Gaußstraße 6,
2. Stock, Schuhmauerstr. 14, u. Königsg. 2.

Haupt-Filiale Dresden:

Schlesische Straße 6.

Gesamtpreis 1 M. Nr. 1712.

Haupt-Filiale Berlin:

Königgrätzer Straße 116.

Gesamtpreis 1 M. Nr. 1800.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und des Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Nr. 565.

Donnerstag den 6. November 1902

96. Jahrgang.

Die nordamerikanische Konkurrenz auf dem englischen Büchermärkte.

D. Bis vor kurzer Zeit hatten die schwäbischen Interessen in England ihre Forderungen nach Belebung des freihändlerischen Systems und nach Einführung angemessener Zölle ganz überwiegend durch Einwände aus die deutschen Konkurrenz und auf das „Wade in Germany“ begründet, das den englischen Fabrikanten schon seit Anfang der achtziger Jahre unangenehm in die Augen fiel. Nicht mit Unrecht hat man die deutschfeindliche Verbündete, die nun einmal in England anzutreffen ist, wesentlich auf das Exportgeschäft der deutschen Konkurrenz zurückgeführt. Hier beginnt sich nun eine bedeutsame Wendung zu vollziehen. Es ist nicht mehr ausschließlich die deutsche Konkurrenz, die von den englischen Schutzzöllnern zur Begründung ihrer Forderungen angesprochen wird, sondern die nordamerikanische Konkurrenz, die in England immer stärker hervortritt und englische Interessen wie das englische Selbstgefühl immer mehr verletzt. Selbst Industriezweige, die nicht nur in England, sondern auch in Deutschland wie anderwärts dem Freihandel zuneigen, erheben schutzzöllnerische Forderungen.

Zu diesen Industriezweigen gehört das englische Buchdruckergewerbe, das in jüngster Zeit ganz besonders unter die nordamerikanische Konkurrenz zu leiden hatte. Wie erinnerlich, haben in der nordamerikanischen Union Anspruch auf Schutz des geistigen Eigentumsrechts nur solche fremde Verlagsunternehmungen, die in Nordamerika selbst hergestellt werden. Außerdem ist die Einfuhr fremder Bücher durch Auflösung eines Zolls von 25 Prozent des Wertes erlaubt worden. Am meisten betroffen von diesen ungünstigen Bestimmungen sehen sich die englischen Verlagsbuchhändler, die in der Regel auch auf einen beträchtlichen Absatz ihrer Bücher in Nordamerika rechnen. Wollen sie die englischen Verleger das Urheberrecht für ihre Bücher auch in Nordamerika schützen, so müssen sie in Nordamerika eine besondere Ausgabe herstellen lassen. Da aber eine doppelte Herstellung in den meistens Hallen zu kostspielig ist, so hoffen sich die englischen Verleger, indem sie geeignete und oft hervorragende englische Werke in Nordamerika herstellen lassen und von da aus auf den englischen Büchermärkt brachten. Tatsächlich haben die Literaturverträge mit Nordamerika in Verbindung mit den nordamerikanischen Büchern eine sonderbare Verschiebung der Büchermärkte in England und Nordamerika und des Bücherauslands des jüngsten beiden Zeiten zur Folge gehabt. Immer häufiger werden englische Werke in Nordamerika gedruckt, um dort den vertragsmäßigen Urheberrecht zu erlangen, und kommen dann erst auf den englischen Büchermärkt. Da die englischen Buchdrucker in dieser Erzielung eine bedeutende Bedeutung ihrer Interessen erblieben, so haben sie bereits das Verlangen ausgesprochen, es möge im Buchhandel gegenüber der nordamerikanischen Union die Gegenstiftung eingesetzt. d. h. Büchern nordamerikanischer Herkunft der Schutz des Urheberrechts in England verschafft werden. Vergeltungsmaßregeln dieser Art hat u. a. auch die bekannte Firma David Allen und Sohn in London für notwendig erachtet und ferner noch die Einführung eines Zolls von 25 Prozent des Wertes auf nordamerikanische Bucherzeugnisse verlangt, mit dem Unterschied, daß nur bei anstrechendem Schutz gegen die nordamerikanische Konkurrenz in der angegebenen Form die englischen Buchdruckereien vor dem sonst unvermeidlichen Untergang gerettet werden könnten.

Schutzzöllnerische Forderungen erheben nicht nur die englischen Buchdruckereien, sondern auch die Papierfabrikanten, die Tintenfabrikanten und besonders die Druckmaschinenfabrikanten, die sämtlich unter der nordamerikanischen Konkurrenz empfindlich zu leiden haben und von ihr immer mehr zurückgedrängt werden. Nordamerikanische Unternehmen bestrebt den englischen Markt. Die englischen Papierfabrikation kann die nordamerikanische Konkurrenz nur noch bestehen, seitdem sie sich mit nordamerikanischen Maschinen versiehen hat. In den Schriftstellern befinden die Nordamerikaner eine nahezu unüberwindliche Überlegenheit auf dem englischen Markt. Fast sämtliche großen englischen Tageszeitungen und Zeitungen werden auf nordamerikanischen Preisen gedruckt. In der Herstellung und Sicherung von nordamerikanischen Notationsdokumenten befindet die New Yorker Firma Hoe & Co. in England nahezu ein Monopol. Eine enorm große Zahl Londoner Männer wird auf diesen Preisen beschäftigt, selbst die „Times“ haben sich dazu entschließen müssen. Mit diesen Maschinen kann man bis zu 10 Seiten herstellen, schneiden und falten. Aber auch die sogenannte maschinelle Druckerei wird immer mehr von Nordamerika her beschafft. Vor einigen Tagen hat die Firma Hoe & Co. eine große Zweigstelle zur Herstellung von Hoe-Pressen in London errichtet. Wohl beschäftigt diese

firmen überwiegend englische Arbeiter, aber sie stehen unter Aufsicht nordamerikanischer Ingenieure und Werkführer; der ganze Gewinn fließt nach Nordamerika zurück und die nordamerikanische Konkurrenz wird dadurch nur noch näher gerückt.

Allerlei Einzelheiten über die nordamerikanische Konkurrenz auf dem englischen Markt finden sich in einer vielfältigen Schrift von MacKenzie unter dem Titel: „The American Invader“, die auch in Deutschland beachtet zu werden verdient. In ihrer Tragweite nicht zu unterschätzen ist die Tatsache, die auch aus dieser Schrift hervorgeht, daß die englischen industriellen und sonstigen Interessen ihre schwäbischen Forderungen nicht mehr in erster Reihe gegen die deutsche, sondern vor allem gegen die nordamerikanische Konkurrenz richten und daß die wirtschaftlichen Gegenseite zwischen England und der nordamerikanischen Union sich empfindlich verschärft.

Deutsches Reich.

z. Berlin, 5. November. (Zur Oberlehrerfrage.) Der Leipziger Privatdozent Dr. Franz Gedenburg beharrte sich im neuesten Heft von Schmeiders „Jahrbuch für Gelehrten, Verwaltung und Politikwissenschaft“ einleidend mit der Oberlehrerfrage. Die Ergebnisse dieser Untersuchung ließen sich, so weit sie hinreichend gesichert erschienen, wie folgt zusammenfassen. Die Zone der Oberlehrer hat sich im letzten Menschenalter vielleicht stark verändert; Studien- und Wissenschaften sind längst länger geworden, so daß die sechs Anzahlung knapp vor Mitte der dreißiger Jahre erfolgt. Die Abschlüsse an den Universitäten sind in höheren Stellen wie an anderen Universitäten gering. Die Arbeitslosigkeit wurde größer. Die Sterblichkeit verhältnismäßig wenig zwar keine Verschlechterung auf, aber im Verhältnis zu den Vorfahren des Schmalenbachs einen gewissen Stillstand. Dagegen hat sich die Aktivitätsdauer infolge des späteren Antitrikontrahen nicht unbedenklich vertauscht, wodurch ein Teil der Gesellschaftsbesitzung der letzten Jahre wieder verloren ging. Alle diese Momente haben im Zusammenhang mit dem allgemeinen Drange, den eigenen Beruf mit anderen vergleichen und vorwärts zu streben, unter den höheren Lehren Unzufriedenheit hervorgerufen. Was die Lage der Ritter anbelangt, die in einer Weise zum Vergleich herangegangen werden, so sind sowohl ihre Forderungen, wie ihre Geschäftsbürokratie besser, daher ist auch ihre Aktivitätsdauer länger. Vor allem aber sind sie im Gehaltsniveau gleich: im letzten Punkte mit Gedenburg eine annähernde Ausgleichung durchgeführt. Im übrigen steht Eisenberg nur Debating des höheren Lehrberufes für die Unterreichspolitik eine Reihe von Geschäftspunkten auf, deren Hauptinhalt wir im Nachfolgenden in gedrängter Zusammenfassung wiedergeben: 1) ist im Kultusministerium eine statistische Stelle zu schaffen, die fortlaufend die Frequenz der Klassen, die Zahl der Unterrichtsstunden, die Ergebnisse der Schulausprüfungen, die Zahl der Kandidaten, die Ertritts- und Sterblichkeitsverhältnisse nach Altersjahren, die Gehaltsbezüge nach Ortsgruppen und dergleichen mehr zu untersuchen hat; 2) sind Schulzäsuren anzustellen, die regelmässig über die Klosterschulen, die Gymnasien, den Hochschulunterricht u. s. w. an die Universitätsverwaltung berichten müssen; 3) ist die Polizei in den Landen auf 18 bis 20 Stunden herabzusezen, bei einer Überarbeitszeit von 6 bis 8 Jahren; 4) ist die Höhlelehrerausbildung auf ein von der Schillergesellschaft abhängiges Normalamt zu konzentrieren, die überzähligen Stellen sind in etablierte zu verwandeln, die Höhlelehrer ist auf das pensionable Gehalt erhöht und dem der Richter ähnlich werden — eine Forderung, die zum Teil jetzt erfüllt ist —; 5) sind die erforderlichen Mittel für Gehaltserhöhung u. s. w. zum Teil durch neue Regelung des Schulnebels aufzubringen; dabei ist es nicht zu erwarten, daß die Lehrer ihren proportionalen Anteil an der allgemeinen Fortwärtsbewegung haben wollen.

□ Berlin, 5. November. (Die Reichsstaatsregierung wabt in Schleswig.) Der Kampf der Reichsstaatsregierung in Schleswig verläuft lediglich zu werden, als er es bei den letzten allgemeinen Wahlen gewesen ist. Während damals nur 3 Kandidaten an den Sieg klammten, nämlich ein mittelparteilicher, ein freisinniger und ein sozialistischer Bewerber, darüber derselbe Kandidaten aufgestellt wurden, nämlich außer von den erwähnten Parteigruppen noch ein antisemitischer und ein sozialreformistischer Bewerber. Gegen den letzten, dem durch sozialpolitische Vorstellungen und mehrere Prozesse bekannt gewordenen Professor Lehmann-Hobenberger ist die „Freisinnige Zeitung“ mit befehltem Teller vom Hofe. Wir begreifen dies, wenn man die Kandidatur Leh-

mann wirklich zu stande kommt, so würde sie ganz besonders für die freisinnige Volkspartei fatal werden, da Lehmann wegen massenhafter Reibungen mit der Regierung auf starke Zurücksetzung aus dem radikalliberalen Lager rechnet. Lauter ist in jedem der Kreise sehr mächtig und zweitens eine Verhältnis, die auf Volksversammlungen zu wilen versteht, die deutliche, noch die pochtägliche, noch auch die englische Diplomatie damit befähigt, eine Palmentafel mit Kaiser Wilhelm mit dem König von Sachsen im Sinne einer Staatsfeindlichkeit herzustellen. Der deutsche Herrscher trifft noch vor dem 9. der portugiesische Monarch noch bei seinen offiziellen Anlässen auf 17. November in England ein. Das zu diesem Tage Kaiser Wilhelm noch auf englischem Boden sei, ist zwar möglich, jetzt aber gar gut nicht sei. Sollten sich beide Herrscher und in ähnlicher Höhe in England aufhalten, so würde sich wohl auch ein Palmentafel ergeben. Dies ist wenigstens ein deutsches Grund haben, einander aufzutun, so wenig beweisen sie als befreundete Monarchen sich gegenseitigen Respekt an.

z. Berlin, 5. November. (Polentum, Katholizismus und Sozialdemokratie in Berlin.) Ein katholischer Geistlicher in Berlin hatte neulich für die Förderung politischer Gemeindeverbündeter, politische Prediger zu hören, eine auf deutsche Antwort. Dies scheint dem Volksblatte am Rhein durchaus nicht recht zu sein. Die „Katholische Volkszeitung“ berichtet über eine am vergangenen Sonntag stattgefundenen politischen Massenversammlung in Berlin, in der in sehr erregter Weise über die Niederlassung der Bündnis der Katholiken debattiert und in der zart angebietet wurde, daß die katholischen Polen Berlin zur Sozialdemokratie übergehen könnten. Die „Admirale Volkszeitung“ führt diesem Bericht hinzug: „Die hier im heutigen Volksblatt um eine Erklärung, in dem man nicht sachlich vorübergesehen kann, die zeigt, wie schlecht die Säzung in den politischen Kreisen Berlins ist.“ Damit ist zwar nicht ausdrücklich gesagt, aber doch zweifellos gemeint, daß die Bündnis der politischen Katholiken Berlins Verachtung einfordert. Die „Katholische Volkszeitung“ kennt demnach nicht mit jenen katholischen Geistlichen einverstanden, zu welcher der politischen Deputation gehört, ob es sei Sache der Polen, wenn sie nach Berlin kämen, deutlich zu lernen, nicht aber Pflicht der deutschen katholischen Geistlichen Berlins, politisch zu lernen. Die kleine Vortragsrede für die politischen Bündnis der Katholiken Berlins ist um so weniger degreiflich, als ein sehr erheblicher Teil der Katholiken Berlins — auch dieser, die deutliche Prediger zu hören befähigt und in der Lage sind — ohnedies zur Partei der Sozialdemokratie übergetreten sind. Berlin hatte bei den letzten allgemeinen Wahlen mindestens 150 000 Katholiken, was etwa 50 000 katholischen Wahlberechtigten gleichkommt. Obwohl nun in jedem Berliner Wahlbezirk ein Zentrumsabgeordneter vorhanden war, wurden nur etwa 5000 Stimmen für die Zentrumskandidaten abgegeben; es hat demnach nur der rechte Teil der katholischen Wählerschaft für die konfessionell katholische Partei gehalten, während eine wohl sehr viel grössere Zahl der Katholiken Berlins für die Sozialdemokratie eingetreten ist. In Berlin also beweist sich der Katholizismus jedenfalls nicht als Damm gegen die Sozialdemokratie, und er wird es auch dann nicht tun, wenn die politischen Katholiken Predigen, Tafeln und Trauungen in polnischer Sprache durchführen will, bilden sich bereits absehbar geäußert.

— Den Versuchen nach werden regierungseigene Erhebungen über eine Ausdehnung der Sonntagsgrube verhindert. Es handelt sich dabei naturnah um die Verkürzung der Sonntagsgrube am Sonntagnachmittag, um das gänzliche Verbot der Arbeit an dem 1. Weihnachts-, Oster- und Pfingstsonntag sowie um das gänzliche Verbot der Arbeit in den Großhandelsgeschäften, einer Konkurrenz der „Tagespost“ und einer Mietung der „Tagespost“. Es ist ausdrücklich festgestellt worden, daß man auch auf englischer Seite den privaten und beröhrlichen Charakter dieses Besuchs hervorhebt.

— Den Versuchen nach werden regierungseigene Erhebungen über eine Ausdehnung der Sonntagsgrube verhindert. Es handelt sich dabei naturnah um die Verkürzung der Sonntagsgrube am Sonntagnachmittag, um das gänzliche Verbot der Arbeit an dem 1. Weihnachts-, Oster- und Pfingstsonntag sowie um das gänzliche Verbot der Arbeit der Arbeit in den Großhandelsgeschäften, einer Konkurrenz der „Tagespost“ und einer Mietung der „Tagespost“. Es ist ausdrücklich festgestellt worden, daß man auch auf englischer Seite den privaten und beröhrlichen Charakter dieses Besuchs hervorhebt.

— Wie die „D. T.“ erläutert, hat der Direktor der III. Abteilung im Ministerium des Inneren, Gen. Rat Voelkel, für den 1. Januar 1903 ein Abfahrtsgesetz erlassen. Es würde damit der Zeitpunkt gekommen sein, daß das Blatt beginnen, die von uns im Interesse der Landwirtschaft gewünschte und mehrfach befürwortete Erlaubnis einer Abteilung vorzunehmen. Dem Versuch nach soll eine Teilung bedroht sein.

— Aus Nordhessen, 4. November. Ein „Illustrirtes Kinderblatt für Nordhessen“ wird von dem dänischen Sprachverein für das nördliche Schleswig herausgegeben, dem n. a. der Reichstag abgeordnete J. E. Hansen und die Landschaftsabgeordneten Hansen und Nielsen angehören. In der ersten Novembernummer des Blattes findet sich ein Gedicht, dessen letzte Strophe nach der „Schleswigschen Grenzpost“ in deutscher Übersetzung lautet:

„Unter Band, der unferer Wider Band,
die dienen wir, so gut wir können,
und wenn es gilt, den Mann an Mann
wie sie wir schlägen Feld und Strand
mit jedem Mut.“

und wagen für deine weiche Sprache
und für einen alten Dannebrog unferer Blut.

„Als Dannebrog und seine Flagge“, beweist dazu die „Schleswigsche Grenzpost“, selbstverständlich in feindbegleitendem Gegegn zu Deutschland, und es für welche die schleswigsche Jugend ihr Blut vergießen soll. Dannebrog und seine Flagge sind es, welche diese Jugend als ihr Vaterland und ihr nationales Abzeichen betrachten soll.“ Der neuzeitliche Ritus der Rosenberger Politik hat danach für Nordhessen keine Wirkung wohl vertrieben.

— Ostpreußen, 5. November. Prinz Heinrich von Preußen traf heute vorzeitig 10 Uhr von Darmstadt kommend hier ein.

— Oldenburg, 4. November. Sicherer Vernehmen nach aus der Mutter der Landtagsabgeordneten den Landtag verhindert, ein schlämiger Antrag auf Eröffnung des allgemeinen direkten und sechsten Wahlrechts zu stellen. Der von Adj. Adelbert-Oehringen vorgeschlagene Antrag einschlägig wurde nachmittag unter den Abgeordneten und fand zahlreiche Unterschriften.

— Bremen, 5. November. Die Landtagsabgeordneten für Bremen, Schleswig und Westfalen, werden nicht mehr kandidieren, entweder wegen vorgründiger Alter, letzterer infolge seines Wegzuges nach Schweden bei Berlin.

— Stuttgart, 4. November. Das Centralorgan der Konservativen und des Bauernbundes in Württemberg, die „Deutsche Reichspost“, gestaltet am leitenden Stelle einen Artikel Aufnahme, der einer Verständigung über den Sozialistengesetz vorstellt.

— „Die landwirtschaftliche Brüderlichkeit bei den Deutschen im Reich“ ist eine wichtige Ausbildung der Industrie weniger wahrscheinlich als früher. Und von ihr ist es natürlich sehr leicht, daß von beiden Seiten eingestellt wird. Wenn wir den Fall, der nach Prof. Schmidts Rede als aufgeschlossener gelten muß, eine Erklärung der landwirtschaftlichen Ministerialisten geben, werden die Folgen für die Landwirtschaft noch erstaunlicher sein? Gewiß nicht. Auch die Handwirtschaft braucht eine blühende Industrie, also Wohlhabenheit ihrer Erzeugnisse. Auch sie möchte in ihrer Weise nicht zu großen Maßen breit ausgeworfen, nach dem Geburtsort zurückkehrenden Arbeitern aufzunehmen. Daraus ergibt sich, daß die Handwirtschaft gegen die Landwirtschaft nicht eingeschränkt sein kann. Gewiß nicht. Auch die Handwirtschaft braucht eine blühende Industrie, also Wohlhabenheit ihrer Erzeugnisse. Auch sie möchte in ihrer Weise nicht zu großen Maßen breit ausgeworfen, nach dem Geburtsort zurückkehrenden Arbeitern aufzunehmen. Daraus ergibt sich, daß die Handwirtschaft gegen die Landwirtschaft nicht eingeschränkt sein kann. Gewiß nicht. Auch die Handwirtschaft braucht eine blühende Industrie, also Wohlhabenheit ihrer Erzeugnisse. Auch sie möchte in ihrer Weise nicht zu großen Maßen breit ausgeworfen, nach dem Geburtsort zurückkehrenden Arbeitern aufzunehmen. Daraus ergibt sich, daß die Handwirtschaft gegen die Landwirtschaft nicht eingeschränkt sein kann. Gewiß nicht. Auch die Handwirtschaft braucht eine blühende Industrie, also Wohlhabenheit ihrer Erzeugnisse. Auch sie möchte in ihrer Weise nicht zu großen Maßen breit ausgeworfen, nach dem Geburtsort zurückkehrenden Arbeitern aufzunehmen. Daraus ergibt sich, daß die Handwirtschaft gegen die Landwirtschaft nicht eingeschränkt sein kann. Gewiß nicht. Auch die Handwirtschaft braucht eine blühende Industrie, also Wohlhabenheit ihrer Erzeugnisse. Auch sie möchte in ihrer Weise nicht zu großen Maßen breit ausgeworfen, nach dem Geburtsort zurückkehrenden Arbeitern aufzunehmen. Daraus ergibt sich, daß die Handwirtschaft gegen die Landwirtschaft nicht eingeschränkt sein kann. Gewiß nicht. Auch die Handwirtschaft braucht eine blühende Industrie, also Wohlhabenheit ihrer Erzeugnisse. Auch sie möchte in ihrer Weise nicht zu großen Maßen breit ausgeworfen, nach dem Geburtsort zurückkehrenden Arbeitern aufzunehmen. Daraus ergibt sich, daß die Handwirtschaft gegen die Landwirtschaft nicht eingeschränkt sein kann. Gewiß nicht. Auch die Handwirtschaft braucht eine blühende Industrie, also Wohlhabenheit ihrer Erzeugnisse. Auch sie möchte in ihrer Weise nicht zu großen Maßen breit ausgeworfen, nach dem Geburtsort zurückkehrenden Arbeitern aufzunehmen. Daraus ergibt sich, daß die Handwirtschaft gegen die Landwirtschaft nicht eingeschränkt sein kann. Gewiß nicht. Auch die Handwirtschaft braucht eine blühende Industrie, also Wohlhabenheit ihrer Erzeugnisse. Auch sie möchte in ihrer Weise nicht zu großen Maßen breit ausgeworfen, nach dem Geburtsort zurückkehrenden Arbeitern aufzunehmen. Daraus ergibt sich, daß die Handwirtschaft gegen die Landwirtschaft nicht eingeschränkt sein kann. Gewiß nicht. Auch die Handwirtschaft braucht eine blühende Industrie, also Wohlhabenheit ihrer Erzeugnisse. Auch sie möchte in ihrer Weise nicht zu großen Maßen breit ausgeworfen, nach dem Geburtsort zurückkehrenden Arbeitern aufzunehmen. Daraus ergibt sich, daß die Handwirtschaft gegen die Landwirtschaft nicht eingeschränkt sein kann. Gewiß nicht. Auch die Handwirtschaft braucht eine blühende Industrie, also Wohlhabenheit ihrer Erzeugnisse. Auch sie möchte in ihrer Weise nicht zu großen Maßen breit ausgeworfen, nach dem Geburtsort zurückkehrenden Arbeitern aufzunehmen. Daraus ergibt sich, daß die Handwirtschaft gegen die Landwirtschaft nicht eingeschränkt sein kann. Gewiß nicht. Auch die Handwirtschaft braucht eine blühende Industrie, also Wohlhabenheit ihrer Erzeugnisse. Auch sie möchte in ihrer Weise nicht zu großen Maßen breit ausgeworfen, nach dem Geburtsort zurückkehrenden Arbeitern aufzunehmen. Daraus ergibt sich, daß die Handwirtschaft gegen die Landwirtschaft nicht eingeschränkt sein kann. Gewiß nicht. Auch die Handwirtschaft braucht eine blühende Industrie, also Wohlhabenheit ihrer Erzeugnisse. Auch sie möchte in ihrer Weise nicht zu großen Maßen breit ausgeworfen, nach dem Geburtsort zurückkehrenden Arbeitern aufzunehmen. Daraus ergibt sich, daß die Handwirtschaft gegen die Landwirtschaft nicht eingeschränkt sein kann. Gewiß nicht. Auch die Handwirtschaft braucht eine blühende Industrie, also Wohlhabenheit ihrer Erzeugnisse. Auch sie möchte in ihrer Weise nicht zu großen Maßen breit ausgeworfen, nach dem Geburtsort zurückkehrenden Arbeitern aufzunehmen. Daraus ergibt sich, daß die Handwirtschaft gegen die Landwirtschaft nicht eingeschränkt sein kann. Gewiß nicht. Auch die Handwirtschaft braucht eine blühende Industrie, also Wohlhabenheit ihrer Erzeugnisse. Auch sie möchte in ihrer Weise nicht zu großen Maßen breit ausgeworfen, nach dem Geburtsort zurückkehrenden Arbeitern aufzunehmen. Daraus ergibt sich, daß die Handwirtschaft gegen die Landwirtschaft nicht eingeschränkt sein kann. Gewiß nicht. Auch die Handwirtschaft braucht eine blühende Indust